

INTERVIEW

Gefährliche Möglichkeiten

Der Verfassungstext sieht einen Ausbau der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vor. Wie die neuen Möglichkeiten zu bewerten sind, darüber unterhielt sich die woxx mit dem Friedens- und Konfliktforscher Werner Ruf.

woxx: Die EU stellt sich gerne als die bessere Alternative zur Weltmacht USA dar. Ist das in Ihren Augen glaubwürdig?



Werner Ruf

Werner Ruf: Zum Teil ja: Die Europäische Sicherheitsstrategie zum Beispiel erklärt, die Konflikte in der heutigen Welt seien weniger militärische als soziale wie Hunger, Krankheit oder Umweltverschmutzung. Auch die im Verfassungstext beschworenen Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde bilden ein gutes Grundgerüst für eine andere Außenpolitik.

Doch auf der anderen Seite versucht die EU, gerade mit dieser Verfassung, sich als Militärmacht zu etablieren. Der Anspruch, eine Alternative zu sein, führt dazu, den USA im militärischen Bereich nachzueifern.

Was wäre denn eine wirkliche Alternative?

Statt die Folgen der globalen Probleme mit Kriegen therapieren zu wollen, sollte man die Probleme im Vorfeld angehen. Wassermangel, Aids und Klimawandel lassen sich nicht mit Militär bekämpfen. Wenn die EU schon nicht die militärischen Kapazitäten der USA besitzt, sollte sie sich damit begnügen, die Kapazitäten zu nutzen, die sie hat: die zivilen.

In Krisensituationen wie Bürgerkriegen oder Völkermorden geht es aber nicht ohne militärische Mittel.

Flankierende militärische Maßnahmen mögen manchmal unvermeidbar sein. Die sollten aber dann durch ein UN-Mandat abgedeckt werden. Militärinterventionen ohne Mandat sind, unabhängig von den Umständen, völkerrechtlich nicht akzeptabel. Schließlich haben alle EU-Staaten die UN-Charta unterschrieben, in der sie grundsätzlich auf Gewaltanwendung verzichten. Das Recht, Interventionen zu beschließen, wurde dem Sicherheitsrat übertragen. Würde die EU eine alternative Weltordnung anstreben, so könnte sie ihre militärischen Kapazitäten dem Sicherheitsrat zur Verfügung stellen, statt Interventionen in Eigenregie zu planen.

Im Verfassungstext bekennt sich die EU zu den Prinzipien der Vereinten Nationen. Reicht das nicht aus?

Im Artikel über Militäreinsätze steht nur "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen". Das öffnet Missbräuchen Tür und Tor. Warum steht da nicht zum Beispiel "in Befolgung der Bestimmungen der Vereinten Nationen"? Auch die Liste der Anlässe solcher Interventionen bietet keine Garantien: Die so genannten Petersberg-Aufgaben reichen von humanitärer Hilfe bis zu "robustem Peace-keeping". Das kann alles Mögliche heißen.

Glauben Sie wirklich, dass die EU eines Tages Kriege wie den US-Angriff auf den Irak führen wird?

Immerhin waren EU-Staaten 1999 am Angriff auf Jugoslawien beteiligt - der war eindeutig völkerrechtswidrig. Unabhängig vom Einzelfall geht es um elementare Grundsätze: Derzeit werden die Bremsen und Hemmschuhe gegen Militarisierung, die in Verfassungen und Verträgen vorhanden sind, erodiert. Das ist ein Prozess, der das Völkerrecht in die Richtung verändert, dass es ein Gewohnheitsrecht auf Intervention gibt. Das sehe ich mit großer Besorgnis.

Interview: Raymond Klein

Werner Ruf, geboren 1937, war bis 2003 Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Er ist Koautor der "60 Thesen für eine Europäische Friedenspolitik", eine kritische Auseinandersetzung mit der EU-Sicherheitspolitik und dem Verfassungstext (www.werner-ruf.net/frieden.html).

EU-VERFASSUNG

Zwischen Krieg und Frieden

Alternative zu den USA oder Anhängsel der Nato - die Meinungen über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik gehen auseinander. In der Verfassung kommt diesem Politikbereich eine große Bedeutung zu.

Die EU sei ein politisches Friedensprojekt, hatte Jean-Claude Juncker am 21. Juni in der Chamber in seinem langen Plaidoyer für das Ja beim Referendum erklärt. In der Tat sieht die Verfassung im Bereich Sicherheitspolitik, anders als im Sozialen, einschneidende Veränderungen vor. Dem Enthusiasmus für eine Friedensmacht Europa auf Seiten der Ja-BefürworterInnen steht die Angst vor einem imperialen Europa auf Seiten der VertreterInnen des Nein gegenüber. Die Diskussion ist von vielen Mythen und diffusen Ängsten geprägt.

Die Friedensperiode in der Zeit nach 1945 verdanke Europa dem Aufbau der EU-Institutionen, so Juncker sinngemäß. Doch es war eher umgekehrt: Dass sich eine solche Gemeinschaft bilden konnte, war möglich, weil es auf dem Kontinent Frieden gab. Und den wiederum "verdanken" die WesteuropäerInnen dem Kalten Krieg. "Gleichgewicht des Schreckens" und Ost-West-Blockdenken ließen keinen Raum für militärische Konflikte - außer dem einen, endgültigen, der glücklicherweise nie stattfand.

Friedensmacht

Ben Fayot, Fraktionssprecher der LSAP und Verfassungs-Befürworter argumentiert sachlich: "Die EU ist eine Friedensmacht, weil sie die gleichen Werte, die sie intern fördert, auch nach außen trägt." Er bezieht sich auf Artikel 3 der Verfassung, in dem unter anderem Freiheit, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung aufgezählt sind. In der Tat: Ob in Sachen Entwicklungshilfe, bei den Nuklear-Verhandlungen mit dem Iran oder bei der Ausarbeitung des Kyoto-Protokolls - die EU vertritt meist solidarischere, friedlichere und fortschrittlichere Positionen als die USA. Vor allem aber steht sie für eine multilaterale Logik in den internationalen Beziehungen, die Konflikte durch Kompromisse zwischen Staaten und nicht durch Zwang und militärische Drohungen löst. Das findet auch Claude Simon, Mitglied des Komitees für das Nein, begrüßenswert. Seine Sorge:

"Es ist unklar, ob sich eine erstarkte EU auf diesem Wege weiter entwickelt. Sie könnte auch im Windschatten der USA ähnlich aggressiv wie diese agieren."

Ein Indiz für eine solche Unterordnung sehen manche VerfassungskritikerInnen in folgender Passage (Artikel 41): "Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen." Fayot hält sol-

che Sorgen für unbegründet. Es handle sich um eine Gratwanderung zwischen den Interessen der Nato, der immerhin 19 von 25 EU-Staaten angehören, und dem Wunsch nach einer eigenständigen Sicherheitspolitik. "Doch die Verfassung gibt Europa endlich eigene militärische und zivile Mittel." Der Friedensforscher und Verfassungskritiker Werner Ruf stimmt dieser Interpretation zu: "Artikel 41 ist keine Unterordnung unter die Nato, sondern im Gegenteil der Versuch, neben den USA gleichberechtigt da zu stehen."

Artikel 41 sieht vor, dass die Mitgliedstaaten der Union zivile und militärische Mittel zur Verfügung stellen, um die vom Rat festgelegten Ziele zu verwirklichen. Genauere Bestimmungen gibt es nur zu den "militärischen Fähigkeiten". Die Mitgliedstaaten sollen diese schrittweise verbessern. Die Schaffung einer Flotte von A400M-Militärtransportern, an der sich auch Luxemburg beteiligt, ist steht für solche Anstrengungen. Außerdem wird eine so genannte Europäische Verteidigungsagentur eingerichtet, die die Rüstungsausgaben koordinieren soll.

Ist die neue Außenpolitik der EU zu stark auf militärische Aspekte ausgerichtet? Ben Fayot wiegelt ab: "Es gibt noch immer keine EU-Armee, wie die Kritiker das behaupten." Die Ende 2004 vom EU-Verteidigungsminister-Rat beschlossenen multinationalen Battle-Groups blieben unter der Kontrolle der Einzelstaaten, die die Truppen stellen. Auch die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten bedeute nicht automatisch Aufrüstung, argumentiert Fayot. "Qualitative statt quantitative Verbesserung kann dazu führen, dass die Militärausgaben sinken."

Die Fälle, in denen die neuen militärischen Mittel eingesetzt werden, reichen laut

Verfassungstext von humanitären Aufgaben bis hin zu Kampfeinsätzen einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen. "Das klingt sehr schön, aber hinter hehren Absichten verstecken sich handfeste Interessen", kritisiert Claude Simon. Wer sich humanitäre Krisen wie auf dem Balkan, im Kongo und im Sudan anschau, könne leicht erkennen, dass bestimmte EU-Staaten dort wirtschaftliche oder geopolitische Interessen hätten.

Was ist erlaubt?

"Die EU ist keine imperialistische Macht", versichert dagegen Ben Fayot. Er äußert allerdings Bedauern darüber, dass die Verteidigungsagentur nicht durch das europäische Parlament kontrolliert wird. Eine Kontrolle des Parlaments über Militäreinsätze hält er dagegen nicht für nötig: "Die EU bleibt ein Staatenbund. In verschiedenen Ländern gibt es eine solche parlamentarische Kontrolle, in anderen ist sie nicht gewollt."

Eine weitere Einschränkung fehlt in der Verfassung: Ein UN-Mandat wäre für eine Militärintervention nicht mehr notwendig. Fayot verteidigt gleichwohl den Text: "Einsätze in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, wie es im Text heißt, das ist doch ein Bekenntnis zur UNO." Allerdings, das erkennt auch er an, weicht es von der Regel ab, dass nur der Sicherheitsrat solche Interventionen erlauben kann. Es gebe eben Situationen, wie 1999 im Kosovo, in denen die Staatengemeinschaft auch ohne Mandat handeln müssen, so Fayot. Eine grundlegende Schwächung des Völkerrechts sei das nicht.

Claude Simon fordert mehr Mittel, um sich entwickelnde Konflikte im Vorfeld zu entschärfen. Wenn es dennoch zu einer Eskalation kommt, die eine Intervention nötig macht, dann will er dies höchstens mit UN-Mandat tun. Als dramatisches Beispiel nennt er nicht die Kosovo-Krise, sondern den Tschetschenien-Konflikt. Einerseits mache die Menschenrechtslage seit Jahren ein Eingreifen erforderlich, andererseits sei ein humanitärer Krieg gegen Russland ohnehin unvorstellbar. Daraus schließt Simon, dass die EU prioritär auf zivile Mittel setzen müsse. "Ich glaube nicht, dass mehr Interventionen zu mehr Frieden führen."



(Quelle: www.unel.lu)

Raymond Klein

Mobilisations

A mesure que le 10 juillet approche, les grands rendez-vous se multiplient. Le **samedi 2 juillet**, Henri Emmanuelli participera au grand rassemblement du non au **Centre culturel de Bonnevoie à 19.30 heures**. Le même jour, les jeunes des partis manifesteront dans la capitale en faveur de la constitution à **15.00 heures, place Clairefontaine**. Le **7 juillet**, deux figures "planétaires" fouleront le sol luxembourgeois. Sur invitation du Comité pour le Non, le syndicaliste paysan José Bové, accompagné de Raoul Marc Jennar d'Oxfam, viendra faucher le traité à **20.00 heures à la Kulturfabrik d'Esch-sur-Alzette**. Déi Gréng obtiendront le même jour l'appui de Daniel Cohn-Bendit à partir de **18.00 heures au Centre Culturel de l'Abbaye Neumünster**.



Ganz gleich ob es am 10. Juli um den Verfassungstext oder um ein europäisches Ideal geht, die Außen- und Sicherheitspolitik spielt eine wichtige Rolle. Wofür die entsprechenden Textpassagen der Verfassung stehen, das untersucht die dieswöchige Ausgabe unserer Referendums-Serie.